

Der mahnende Atom-Appell des CDU-Wirtschaftsrats

Welt, 29.03.2023, Daniel Wetzel

Kurz vor der Stilllegung der letzten deutschen Atomkraftwerke fordert der Unternehmerverband die Forschung an Reaktoren der vierten Generation. Auch zum De-Facto-Verbot für rein fossile Heizungen hat der Rat eine klare Haltung.

Während sich die Bundesregierung in der Stromerzeugung fast vollständig auf den Ausbau von Wind- und Solarkraft fokussiert, sehen Wirtschaftsvertreter die Notwendigkeit, die Option Atomkraft weiter offenzuhalten.

In einem Positionspapier zu seiner bevorstehenden Energieklausur am Donnerstag fordert der Wirtschaftsrat der CDU, „falls erforderlich, einen Weiterbetrieb der Kernkraftwerke über den April 2023 nicht auszuschließen“. Auch müsse die Forschung an neuen Atom-Technologien verstärkt werden.

Die letzten drei deutschen Atomkraftwerke werden nach der Entscheidung der Bundesregierung in rund zwei Wochen unwiderruflich stillgelegt. Damit endet eine Ära, die vor 62 Jahren mit der Inbetriebnahme des Kernkraftwerks Kahl südöstlich von Frankfurt (Main) begonnen hatte.

Über Jahrzehnte deckten die zeitweise 17 Atomkraftwerke knapp ein Viertel des deutschen Strombedarfs. Der Kampf gegen diese friedliche Nutzung der Atomkraft wurde zum Ursprung der Partei die Grünen, die heute in Regierungsverantwortung die deutsche Energiepolitik maßgeblich bestimmt.

Nach seinem neuen energiepolitischen Positionspapier sieht der Wirtschaftsrat der CDU aber Chancen in einer neuen, vierten Generation von Kernkraftwerken. Die Forschung an diesen Anlagen müsse auch öffentlich gefördert werden.

„Kernkraftwerke dieses neuartigen Typs können inhärent sicher gebaut werden, sodass eine Kernschmelze physikalisch ausgeschlossen ist“, heißt es in dem Papier, das WELT vorliegt: „Außerdem ist es gegebenenfalls möglich, mit diesen Anlagen die Restenergie aus den bisher als Atommüll bezeichneten Brennelementen zu nutzen und damit die Halbwertszeit der Reststoffe so deutlich zu senken, dass die Endlagerproblematik stark entschärft werden kann.“

Der Wirtschaftsrat der CDU e. V. ist trotz seines Namens ein von der Partei und ihren Gremien unabhängiger Interessenverband von Unternehmern. Er wurde 1963 auf Initiative des damaligen Wirtschaftsministers Ludwig Erhard gegründet. Der Unternehmerverband mit rund 12.000 Mitgliedern versteht sich als „das ordnungspolitische Gewissen der Politik und als starke Stimme der Sozialen Marktwirtschaft“.

Die Kernkraftwerke der IV. Generation befinden sich derzeit in der Entwicklung. Zu diesem Zweck haben sich 13 Staaten im „Generation IV International Forum“ (GIF) zusammengeschlossen. Dazu gehören etwa Japan, USA, Großbritannien, Frankreich, Kanada, Russland, Korea, China und die Schweiz. Der neue Reaktortypus soll 2030 einsatzbereit sein. Im Jahr 2030 soll Deutschland nach den Vorgaben des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) zu 80 Prozent aus erneuerbaren Energien versorgt werden.

Der Wirtschaftsrat empfiehlt zusätzlich, stärker in die Erforschung der Kernfusion einzusteigen. Im Gegensatz zur Atomspaltung in Atomkraftwerken soll mit dieser Technik Energie durch die Verschmelzung von Atomen erzeugt werden. Als Mittel der Wahl gilt hier die Fusion von Wasserstoff-Isotopen.

Forscher sehen die Kernfusion als Spielart der Solarenergie

Langfristig und hochgradig strahlende radioaktive Abfälle fallen bei der Kernfusion nicht an. Weil die Kernfusion die Prozesse in der Sonne nachbildet, gilt diese Technik unter Forschern zuweilen als Spielart der Solarenergie. Grünen-Politiker sehen allerdings in der Technologie eine Form der Kernkraft und lehnen sie deshalb ab.

Zuletzt hatte etwa der Grünen-Politiker Anton Hofreiter gefordert, dass „Forschungsgelder, die derzeit im Milliardengrab Kernfusion versenkt werden und keinen nennenswerten Beitrag zum Klimaschutz leisten, umgewidmet werden in die Erforschung erneuerbarer Energien und Effizienztechnologien.“

Deutschland engagiert sich bislang mit Forschungsinstituten, vor allem in München und Greifswald, an der Entwicklung der Kernfusion. Dazu zählt auch die europäisch koordinierte Beteiligung an dem internationalen Großexperiment ITER in Südfrankreich. Der CDU-Wirtschaftsrat fordert „den Ausbau der Kernfusionsforschung durch die Bundesregierung, nicht nur mit bestehenden Großforschungseinrichtungen, sondern auch durch die Unterstützung von neuen, vielversprechenden Ansätzen wie zum Beispiel die laserbasierte Trägheitsfusion“.

Der Reifegrad der neuartigen Kernfusion gilt als weit fortgeschritten

Diese relativ neue Fusionstechnik wird weltweit von mehreren Dutzend staatlichen und inzwischen auch privaten Forschungsinitiativen vorangetrieben. Der Einstieg von privatem Risikokapital in die laserbasierte Fusionsforschung gilt als Indiz für einen relativ weit fortgeschrittenen Reifegrad der Technologie.

In seinem energiepolitischen Positionspapier geht der Unternehmerverband auch auf die aktuellen Streitpunkte der Ampel-Koalition ein.

So hält der Verband für den Klimaschutz im Verkehrssektor „einen vollständig technologieoffenen Ansatz für sämtliche Fahrzeuge“ für sinnvoller als das von der Bundesregierung diskutierte Verbot des Verbrennungsmotors.

„Im Bereich der Pkw wird der Elektromotor zwar voraussichtlich einen großen Marktanteil erreichen, es wird aber auch sinnvolle Anwendungsbereiche für Wasserstoff und synthetische Kraftstoffe geben, die den Fahrzeugbestand einbeziehen“, heißt es in dem Papier: „Die Mobilitätswende kann nur im Zusammenspiel von Elektroantrieb einerseits und Wasserstoff sowie synthetischen Kraftstoffen andererseits gelingen.“

Im Streit um ein faktisches Einbauverbot für reine Gas- und Ölheizungen ab kommendem Jahr empfiehlt der Wirtschaftsrat, zunächst die notwendigen Voraussetzungen für solch einen tief greifenden Eingriff zu schaffen.

Dazu gehöre ein umfassender Ausbau der Stromverteilnetze und „das flächendeckende Ausrollen intelligenter Zähler in Verbindung mit variablen

Stromtarifen“, so der CDU-Wirtschaftsrat: „Alle Maßnahmen müssen mit deutlich mehr Tempo betrieben werden als bislang.“

„Gerade bei älteren Menschen mit häufig überschaubaren Renten baut die Lebens- und Finanzplanung in vielen Fällen fast vollständig auf einer abbezahlten Immobilie auf“, mahnt das Positionspapier des Unternehmerverbandes zugleich in Bezug auf die politisch präferierte Wärmepumpe: „Diese Menschen dürfen nicht überfordert werden, sonst ist die Wärmewende politisch nicht durchsetzbar.“